

Ostermarsch 2025



Presseinformation 8

Ostermärsche bleiben Teil der politischen Kultur in Deutschland

Friedensfähig statt kriegstüchtig

Zehntausende friedensbewegte Menschen demonstrierten an den Ostertagen für Frieden, gegen die Kriege, für Abrüstung und gegen weitere Aufrüstung. „Wir haben mit der Anzahl der Einzelaktionen und den Teilnehmerzahlen das Niveau gehalten und teilweise deutlich übertroffen.“, so der Sprecher der Infostelle Ostermarsch 2025, Willi van Ooyen.

Die überwunden geglaubte Ideologie des Kalten Krieges mit Säbelrasseln, alten und neuen Feindbildern, Bruch des Völkerrechtes, gepaart mit Aufrüstung und Rüstungsexporten verunsichert die Menschen und verbreitet Angst. Umso bedrohlicher ist die für das Jahr 2026 geplante Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Deutschland. Dagegen wurden überall Unterschriften unter dem „Berliner Appell“ gesammelt.

Die zunehmend direkte Betroffenheit durch offene Kriegsvorbereitungen zeigte sich vor allem in der Präsenz von Jugendbündnissen. Diese beteiligten sich bei den Aktionen mit ihren Forderungen gegen die geplante Reaktivierung der Wehrpflicht und für die Beibehaltung der Zivilklausel in den Universitäten. Spürbar sind für die Menschen auch die sich abzeichnenden Mittelkürzungen für Sozialausgaben zugunsten gesteigerter Rüstungslasten.

Wie in den Kundgebungsreden zum Ausdruck kam, verweigert sich die Friedensbewegung dem Zwangsdenken von Kriegspropaganda, Kriegsdrohungen und Kriegsführung. Sie hält fest an ihrer Vision von einer Welt ohne Atomwaffen, von einem entmilitarisierten Europa der Völkerverständigung und einem Deutschland, von dessen Boden kein Krieg, sondern Frieden ausgeht und Ressourcen für die Lösung der globalen Menschheitsprobleme bereit gestellt werden. Nationalismus und Rassismus wurde bei den Kundgebungen eine eindeutige Absage erteilt.

Angesichts der weltweiten Kriege, die auch durch deutsche Kriegsbeteiligung und Waffenlieferungen angeheizt werden, fordert der Sprecher der Infostelle Ostermarsch, Willi van Ooyen: „Die Friedensbewegung darf den Regierenden ihre Unschuldsbekundungen nicht durchgehen lassen. Sie macht weiter mit vielfältigen Aktionen für Frieden und Abrüstung. Die deutsche Politik trägt große Verantwortung für das Morden in aller Welt. Eine neue Entspannungspolitik muss her.“

Frankfurt am Main, 21. April 2025

**Die Informationsstelle befindet sich im Frankfurter Gewerkschaftshaus,
Tel.: 069/24249950, e-mail: Frieden-und-zukunft@t-online.de**